

Die Luzerner Gemeinde Reiden plant eine Premiere:  
Ein privater Investor soll ihr Schulhaus finanzieren **SEITE 14**

Der Bundesrat prüft neue Entwicklungsprojekte  
in Eritrea – trotz der prekären Menschenrechtslage **SEITE 15**

# Die Krise ist noch nicht bewältigt

Ein Jahr nach dem Höhepunkt des Flüchtlingszustroms ziehen die Kantone Bilanz

Die Kantone verfügen heute über viel mehr Betten für Asylsuchende und detaillierte Notfallpläne. Doch zurückkehren können sie sich nicht.

CAMILLA ALABOR, SIMON GEMPERLI

Rund eine Million Asylsuchende hat Deutschland im vergangenen Jahr aufgenommen. Im Vergleich dazu war die Schweiz von der Flüchtlingskrise nur am Rande betroffen. Doch auch wenn niemand in Turnhallen übernachten musste: Bund und Kantone taten sich schwer damit, für 40 000 Menschen einen Schlafplatz zu finden.

Vorläufiger Höhepunkt war der November letzten Jahres, als 5700 Asylgesuche eingereicht wurden (siehe Grafik). Inzwischen sind diese Zahlen allerdings deutlich gesunken; seit Februar dieses Jahres bewegen sie sich im Bereich von 2000 Gesuchen pro Monat. Zum Vergleich: Der Durchschnitt seit 1986 liegt bei gut 1900 Gesuchen pro Monat. Zeit also, zur Tagesordnung zurückzukehren?

Nein, meint der Tessiner Polizeidirektor Norman Gobbi (Lega). Die Zahl der Asylsuchenden, die in Italien ankommen, sei unverändert sehr hoch. Damit bestehe weiterhin die Gefahr, dass plötzlich wieder mehr Flüchtlinge an der Südgrenze auftauchen.

## Zusammenarbeit klappt besser

Allerdings habe sich die Situation dadurch verändert, dass viele Migranten gar nicht mehr in der Schweiz um Asyl ersuchten. Die einen seien schon registriert, weil Italien diesbezüglich grosse Fortschritte gemacht habe. Sie können gemäss den Dublin-Regeln zurückgeschickt werden. Andere würden nach Norden weiterreisen, und eine dritte Gruppe tauche vor oder nach der Ankunft in einem Asylzentrum ab.

Gobbi lobt die Aufstockung der Kapazitäten an der Südgrenze durch das Grenzschutzkorps sowie die finanzielle Hilfe des Bundes. Auch sei die Zusammenarbeit mit den italienischen Behörden an der Grenze viel besser geworden. Kritik übt er hingegen am Staatssekretariat für Migration (SEM). Die Sicherheitsbehörden erhielten heute keine Meldung, wenn jemand aus einem Asylzentrum untertauche. «Unverständlich» sei auch, dass in Chiasso angekommene Asylsuchende ein Zugbillett erhielten und unbegleitet in ein Bundeszentrum irgendwo in der Schweiz reisten.

## Mehr Betten stehen bereit

Hans-Jürg Käser (fdp.), Präsident der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren, zieht ein Jahr nach der Flüchtlingskrise eine positive Bilanz: «Es gab keine obdachlosen Flüchtlinge in der Schweiz. Das zeigt, dass unsere vorsorglichen Massnahmen funktionierten.» Die Kantone verfügten heute über genügend Kapazitäten, um auch eine Zunahme von Asylsuchenden im Rahmen der Erwartungen des SEM zu bewältigen. In Bern wurde die Anzahl Betten von 2500 auf 4800 erhöht, die anderen Kantone reagierten auf ähnlichen Massnahmen. Auch der Bund hat aufgestockt und verfügt in seinen Zentren mittlerweile über 5000 Plätze. Ein Abbau der Kapazitäten ist zurzeit nicht geplant; die Plätze dienen als Reserve. Mit einer kurzfristig ansteigenden Flüchtlingswelle rechnet Käser nicht. Die italienischen Behörden würden heute rund 90 Prozent der Asylsuchenden registrieren, was erst eine Behandlung nach den Dublin-Regeln ermöglicht.



Die Zahl der minderjährigen Asylsuchenden ohne Begleitung ist seit 2015 sprunghaft angestiegen.

GIAN EHREZZELLER / KEYSTONE

Das Asylwesen sei durch das schwierige letzte Jahr insgesamt gestärkt worden, meint Käser. So verfüge man heute über ein von Bund und Kantonen erarbeitetes Notfall-Dispositiv und würde bei einer grösseren Krise keine Zeit verlieren. Der Sonderstab, der im Notfall zum Krisenmanager wird, tagte bisher erst einmal – der Anlass diene vor allem dazu, sich gegenseitig kennenzulernen.

## Unmut in Luzern

Luzern gehörte zu jenen Kantonen, die sich während der Flüchtlingskrise besonders laut zu Wort gemeldet hatten. So beklagte sich der Luzerner Regierungsrat Guido Graf (cvp.) im Sommer 2015 beim Bund über den «enormen Anstieg der Asylgesuche». Die «korrekte und politisch mehrheitlich akzeptierte Unterbringung von Asylsuchenden» sei in Gefahr, schrieb er in einem Brief an Justizministerin Simonetta Sommaruga. Heute sagt er, dieses Vorgehen sei nötig gewesen. «Wir mussten dem Bund klarmachen, dass wir nicht einfach so weitermachen können wie bis anhin.» Zudem habe man ein Signal senden müssen an potenzielle Neuankömmlinge, dass die Schweiz nicht unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen könne. Sein Fazit: «Am Ende ist es gut gelaufen, doch wir haben Glück gehabt.» Dennoch sei die Krise damit nicht ausgestanden. «Ich gehe davon aus, dass wir wäh-

## Viele wollen helfen – aber nicht alle können

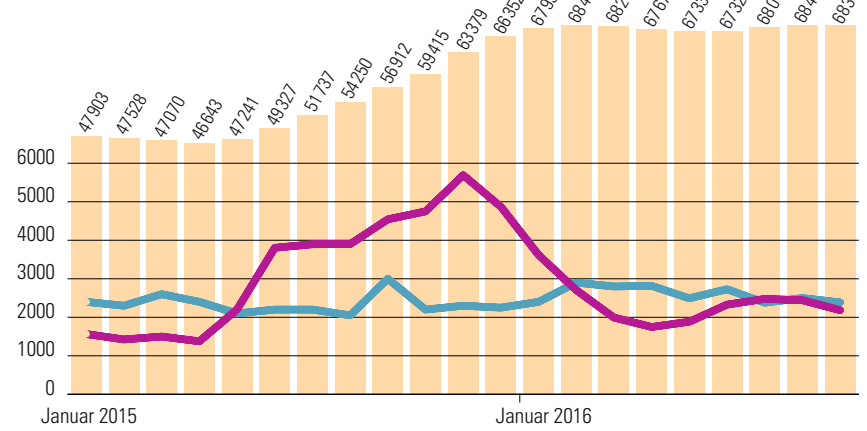
cal. Die Hilfsorganisationen sind vor einem Jahr regelrecht überrannt worden – von Freiwilligen, die den Flüchtlingen helfen wollten. Diese Hilfsbereitschaft hält bis heute an, stellt Hugo Köppel fest, der beim Schweizerischen Roten Kreuz die Abteilung Migration leitet. «Wenn heute ein Zentrum für Flüchtlinge aufgeht, ist es deutlich einfacher als noch vor fünf Jahren, Freiwillige zu finden.» Denn auch der Kreis jener, die mithelfen wollen, habe sich erweitert. «Früher waren das vor allem Personen mit grossem sozialem Engagement; heute beteiligen sich Leute aus allen möglichen Schichten und Berufen.»

Auch bei der Caritas melden sich noch immer viele Freiwillige. «Wir

## Schweizer Zahlen zur Flüchtlingskrise

Personen im Asylprozess

Skala: ■ Neue Asylgesuche ■ Erledigungen



QUELLE: SEM

NZZ-Infografik/cke.

Rscannzz-8kiYf

rend der nächsten zwei Jahre erneut gefordert sind.»

Der Aargau erhielt im Sommer ebenfalls besondere Aufmerksamkeit: Als erster Kanton stellte er für Flüchtlinge Zelte auf, weil alle Asylunterkünfte voll waren. Über ein Jahr später wohnt zwar niemand mehr in Zelten, doch Probleme bestehen laut Regierungsrätin Susanne Hochuli (gps.) weiterhin: «Die Lage bleibt angespannt», denn noch immer seien viele Personen unterzubringen. Zurzeit wohnten rund 400 Asylbewer-

ber in unterirdischen Anlagen. «Das ist eine kostenintensive Lösung, die nicht andauern darf.»

Die Aufnahme von Asylsuchenden ist aber ohnehin nur der erste Schritt zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Die grösste Herausforderung stelle deren Integration dar, sagt denn auch der Berner Polizeidirektor Käser. Dazu kommt eine grosse Nachfrage nach solchen Minderjährigen, deren Betreuung anspruchsvoll und aufwendig ist. Dieser Teil der Krisenbewältigung steht noch bevor.

## «Einen Notfall gab es nicht»

Sozialdirektoren-Präsident  
Peter Gomm zur Flüchtlingskrise

Vor rund einem Jahr haben einige Kantone aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen Alarm geschlagen: Die Situation sei nicht mehr tragbar, hiess es. War die Aufregung damals gerechtfertigt?

Eines will ich klarstellen: Es waren wenige Kantone, die von einem Notfall gesprochen hatten. Die Lage war sehr angespannt und herausfordernd. Viele Kantone hatten Mühe, die hohe Anzahl von Flüchtlingen unterzubringen, die ihnen der Bund innert kurzer Frist zuwies. Es handelte sich also vor allem um ein logistisches Problem. Einen eigent-



«Wichtig war, dass man nicht frühzeitig Notfallszenarien ausgerufen hat.»

Peter Gomm (sp.)  
Präsident der Sozialdirektorenkonferenz

lichen Notfall hat es damals aber nicht gegeben – das haben später auch der Bund sowie die Konferenzen der kantonalen Sozialdirektoren und der kantonalen Justizdirektoren bestätigt.

In der Kritik stand insbesondere der Bund. Die Kantone bemängelten, Bern stelle zu wenig eigene Schlafplätze zur Verfügung und schiebe das Problem auf die Kantone ab. Hat sich das aus Sicht der Kantone verbessert?

Ja, der Bund hat seine Kapazitäten seit dem Winter 2015 kontinuierlich erhöht. Heute kann der Bund einen plötzlichen Anstieg für gewisse Zeit selber bewältigen, ohne dass die Kantone sofort unter Druck kommen, mehr Flüchtlinge aufzunehmen.

Weil zu wenige Unterkünfte verfügbar waren, kamen Flüchtlinge vielerorts in Zivilschutzanlagen unter; in Bern und im Aargau wurden gar temporäre Zeltstädte aufgestellt. Wie sieht es heute aus?

Die Zelte sind längst wieder abgebaut. Auch die Zivilschutzanlagen sind in vielen Kantonen nicht mehr in Betrieb, da die Asylbewerber inzwischen andernorts untergebracht werden konnten. Ganz generell haben die Kantone die Herausforderungen sehr gut bewältigt, obwohl das nicht immer einfach war.

Wie geht es jetzt weiter?

Nun geht es darum, die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Reicht das Angebot an Sprachkursen denn aus, um Flüchtlingen eine berufliche Integration zu ermöglichen?

Viele Kantone haben ihr Angebot an Sprachkursen ausgebaut. Zudem diskutieren Kantone wie Bern darüber, ob man Sprachkurse nicht schon für Asylbewerber anbieten soll, wenn aufgrund der hohen Bleiberechtsquote ziemlich sicher ist, dass sie in der Schweiz bleiben. Solothurn und St. Gallen haben das vollzogen. Zielgruppen sind vor allem Flüchtlinge aus Syrien und Eritrea.

Welche Lehren ziehen Sie persönlich aus der Situation – gewissermassen als Krisenmanager der Kantone?

Wichtig war, dass man die ganze Situation unaufgeregt beurteilt und nicht frühzeitig Notfallszenarien ausgerufen hat, die nicht eingetreten sind. Gleichzeitig mussten wir rasch beginnen, uns auf einen möglichen Notfall vorzubereiten, was Bund und Kantone in sehr guter Zusammenarbeit dann mit der Verabschiedung des Notfallkonzepts ja auch gemacht haben. Die Kantone haben dies inzwischen umgesetzt und entsprechende Strukturen organisiert.

Interview: Camilla Alabor